



## Datum

2. Februar 2012

## Familien müssen nicht arbeitsmarktgerecht funktionieren

Familienpolitische Maßstäbe werden verschoben

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) weist die Kritik von EU-Sozialkommissar Andor am geplanten Betreuungsgeld in Deutschland zurück.

„Wenn die EU-Kommission darin nur ein Hemmnis für eine hohe Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt sieht, werden die familienpolitischen Maßstäbe verschoben“, kommentiert die familienpolitische Sprecherin des ZdK, Christa Licharz-Lichtenthäler, den Vorstoß aus Brüssel. „Es darf nicht zum Maßstab der Familienpolitik werden, dass die Familien möglichst arbeitsmarktgerecht funktionieren. Vielmehr müssen die Spielräume der Familien für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit erhöht werden. Hier ist es nicht zuletzt die Bringschuld der Unternehmen, mehr familienfreundliche Arbeitsplätze und familienunterstützende Angebote vorzuhalten, zum Beispiel flexible Arbeitszeiten und Betriebskindergärten.“

Bei der konkreten Ausgestaltung des geplanten Betreuungsgelds gebe es sicher noch Verbesserungspotential. Doch das damit verbundene grundlegende Ziel einer stärkeren Anerkennung der Erziehungsleistung von Eltern und einer erhöhten Wahlfreiheit für Väter und Mütter stehe im Zusammenspiel mit dem Ausbau der Betreuungsangebote nicht zu Disposition. Die Bundesregierung solle sich hier nicht beirren lassen, so die ZdK-Sprecherin.

**Pressestelle** Hochkreuzallee 246, 53175 Bonn  
**Postfach** 24 01 41, 53154 Bonn

**Tel.** +49. (0) 228. 38 297 - 28 **Fax** +49. (0) 228. 38 297 - 48  
**Mail** [presse@zdk.de](mailto:presse@zdk.de) **Web** [www.zdk.de](http://www.zdk.de)

**Herausgeber**  
**Dr. Stefan Vesper** Generalsekretär

**Redaktion**  
**Theodor Bolzenius** Pressesprecher